



Bundestags- brief

Nr.282 •Die Woche im Bundestag• 15.01.2021



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Mit voller Tagesordnung ins neue Jahr

Der Start in das neue Jahr war auch im Deutschen Bundestag geprägt von den Anstrengungen im Umgang mit der Corona-Epidemie in unserem Land. In der ersten Sitzungswoche des neuen Jahres hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in einer Regierungserklärung über den Stand der Impfungen berichtet.

Aber auch andere wichtige Themen wurden debattiert. Dazu gehört unter anderem die Frage, wie ein fairer Umgang im Internet durch den Gesetzgeber unterstützt werden kann. Digitale Geschäftsmodelle durchdringen immer mehr Wirtschaftsbereiche und riesige Digitalkonzerne mit Bilanzen so groß wie Staatshaushalte beherrschen ganze Märkte. Mit der Reform des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen gibt der Gesetzgeber auf diese Entwicklung eine Antwort. Das Ziel der Reform lautet: Mehr Fairness, mehr Innovation und mehr soziale Marktwirtschaft im Netz. Das Gesetz schafft neue Instrumente, die den Wettbewerb in der digitalen Welt schützen. So soll das Bundeskartellamt mit einer schärferen Missbrauchsaufsicht künftig einfacher Maßnahmen ergreifen können, um den Wettbewerb auch in der Digitalwirtschaft frühzeitig zu schützen.

Außerdem haben wir die so genannten Nationale Bioökonomiestrategie im Deutschen Bundestag diskutiert. Die Bioökonomie hat das Ziel, Ökonomie und Ökologie zu verbinden. In der Bioökonomie ersetzen Pflanzen, Mikroorganismen oder Pilze oft fossile Rohstoffe. Es kommen neue Chemikalien, Werk- und Baustoffe oder Medikamente zum Einsatz. Die Bioökonomie schont Ressourcen, weil die so genannten biogenen Rohstoffe erneuerbar und kreislauffähig sind. Die Digitalisierung und andere neue Technologien eröffnen seit einigen Jahren ganz neue Möglichkeiten, um biologische Systeme und Verfahren nutzen zu können.

Pläne für Dokumentationsstelle zur Geschichte der Besatzungsherrschaft vorgestellt

Im Oktober 2020 hat der Deutsche Bundestag ohne Gegenstimmen die Errichtung einer Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft beschlossen. Das Zentrum soll die historischen Zusammenhänge vermitteln, über das geschehene Leid in Europa und Deutschland aufklären und den Nachkommen der Opfer Raum für Gedenken und Erinnerung geben.

Zu Beginn des Jahres hat die BKM als für die Umsetzung zuständige Behörde dem Deutschen Bundestages einen Zeit und Maßnahmenplan für die Errichtung der Gedenkstätte übermittelt. Der Vorschlag zur Realisierung der Einrichtung soll maßgeblich von der Stiftung Deutsches Historisches Museum erarbeitet werden.

Die für diese Aufgabe erforderliche personelle Unterstützung hat der Deutsche Bundestag mit dem Haushalt für das Jahr 2021 bereits beschlossen. Das DHM wird dazu ab Januar 2021 eine Stabsstelle mit drei Beschäftigten einrichten.

Bei der Entwicklung des Realisierungsvorschlags wird das Deutsche Historische Museum durch zwei Arbeitsgruppen beraten, der deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter bestehender Erinnerungsorte angehören. Der Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas wird beiden Arbeitsgruppen angehören und so die Expertise seiner Einrichtung umfassend einbringen. Der Realisierungsvorschlag soll bis Ende 2021 vorliegen.

Erschreckende Bilder aus den USA

Die schockierende Erstürmung des Kapitols in Washington durch Unterstützer von US-Präsident Trump ist das Ergebnis von Desinformation, Verschwörungstheorien und der gezielten Aufstachelung der Massen durch Populisten. Sie zerstören den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aus Worten werden Taten.

Die Bilder in Washington erinnern an die Tumulte in Berlin im vergangenen August, als eine aggressive Gruppe von Demonstranten die Absperrgitter am Reichstag überwunden hat und die Treppe des Reichstagsgebäudes hochgestürmt ist. Auch das skandalöse Einschleusen von Feinden der Demokratie Ende November in das Reichstagsgebäude zeigte ein ähnliches Muster.

Solche Entwicklungen geschehen, wenn in einer Gesellschaft durch hohe Amtsträger und aus den Institutionen heraus der Grundkonsens gemeinsamer Werte, der auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung beruht, aufgekündigt wird.

Die demokratischen Institutionen müssen unantastbar sein. Die Demokratie ist wehrhaft, aber sie ist auch verletzlich und muss entschlossen geschützt werden. Auch in Deutschland machen Populisten unsere demokratischen Institutionen von innen und von außen verächtlich und versuchen die Gesellschaft zu spalten.

In Washington können wir nun sehen, wohin diese Entwicklung führt. Arbeiten wir gemeinsam daran, dass es in Deutschland niemals so weit kommt wie jetzt in den USA. Diejenigen, die die Axt an die demokratischen Institutionen anlegen und eine Gesellschaft spalten, müssen aufgehalten werden.

Wir stehen vor wichtigen politischen Weichenstellungen.

Der anstehende Bundesparteitag der CDU wirft seine Schatten voraus. Wir freuen uns auf eine intensive und spannende Wahl des neuen Parteivorsitzenden unter Corona-Bedingungen.

Für uns als Fraktion ist wichtig: Die Menschen erwarten von uns, dass wir bis zum letzten Tag der Legislaturperiode Sachpolitik machen. Dafür sind wir gewählt. Insbesondere die Bewältigung der Pandemie muss absoluten Vorrang haben.

Niemand hat Verständnis dafür, ein Dreivierteljahr vor der Bundestagswahl den Wahlkampf zu eröffnen.

Wir konzentrieren uns daher weiterhin darauf, praktische Vorschläge für die Probleme der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln und diese auch umzusetzen.

Mobilitätsrückgang an Weihnachten und Neujahr

Die Corona-Pandemie sowie die deshalb geltenden Beschränkungsmaßnahmen zur Eindämmung von Neuinfektionen haben außergewöhnliche Weihnachten und einen ungewöhnlich ruhigen Silvester zur Folge gehabt, wie nun das Statistische Bundesamt auch mit Zahlen belegen kann.

Eine Sonderauswertung experimenteller Mobilitätsdaten zeigt, dass die Regelungen und Empfehlungen zur Kontaktreduzierung das Verhalten der Bevölkerung an Weihnachten und Silvester maßgeblich verändert haben.

So lag die Mobilität im Zeitraum des 24. bis 26. Dezember 2020 deutschlandweit durchschnittlich um 14,6 Prozent gegenüber dem jeweiligen Tag des Vorjahres zurück. Die Anzahl längerer Reisen an den beiden Weihnachtsfeiertagen sank dabei besonders stark: Reisen mit einer Distanz von 50 bis unter 100 Kilometern gingen am 25. und 26. Dezember um gut ein Drittel, Reisen mit einer Distanz von 100 Kilometern oder mehr sogar um etwa die Hälfte zurück.

Dies deutet darauf hin, dass viele Menschen insbesondere auf Besuche von weiter entfernt lebenden Familienmitgliedern und Urlaubsreisen über größere Entfernungen verzichtet haben.

Zu Silvester und Neujahr gab es, anders als an Weihnachten, keine Ausnahmen von den seit dem 16. Dezember 2020 geltenden Kontaktbeschränkungen und es galt ein bundesweites Versammlungsverbot. Folglich war in Deutschland in der Silvesternacht (22 bis 6 Uhr) ein erheblicher Rückgang der Mobilität um 57 % gegenüber Silvester des Vorjahres zu beobachten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)